

Die Krise als Chance nutzen!

- Was geschah und wie geht es weiter? -
von Dr. Eike Hamer,

Seit einigen Jahren bereits beobachten wir vom Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V. die Ungleichgewichte in der Finanzindustrie, weil deren Wirkungen den Mittelstand stark betreffen. Der Mittelstand zahlt nämlich nicht nur netto ca. 80% aller Steuern und Sozialabgaben, sondern muß auch durch seine private Vermögensbildung Haftungsmasse für Kredite und Mitarbeiterkostenrisiken, betriebliche Durststrecken und seine Altersvorsorge absichern. Risiken für sein Vermögen sind deshalb im Mittelstand – besonders für die Unternehmer mittelständischer Inhaberbetriebe – von existentieller Bedeutung. Derzeit sehen wir gerade für diese Vermögensdispositionen besondere Herausforderungen, welche nur mit guten Informationen zu meistern ist. Um die derzeitige Lage beurteilen zu können ist zunächst wichtig, die Ursachen der Krise zu verstehen. Nur wer den Fehler in seiner Produktion gefunden hat, wird diesen auch beheben können, statt aufwendig durch Nachbesserungen diese Fehler zu kaschieren.

1. Wie kam es zu der Krise?

In den vergangenen 50 Jahren stieg die Geldmenge etwa 10 mal so schnell wie die Gütermenge, obwohl die Geldmenge eigentlich nur als Gegenwert für die Güter- und Dienstleistungsmenge dienen sollte. Deshalb gehen Ökonomen davon aus und konnten bis heute noch nicht darin widerlegt werden, daß schnelleres Geldmengenwachstum als Güter- und Dienstleistungsmengenwachstum langfristig zu entsprechender Inflation führt. Die offiziellen Inflationsstatistiken zeigen diese Entwicklung nicht und werden deshalb zu recht kritisiert.

Der Hauptteil dieser Geldmengenvermehrung war nicht Bargeld und Sichtguthaben, die so genannte Geldbasis, sondern Anleihen, Festgelder oder andere Forderungen. Das generelle Problem mit Forderungen ist, daß diese auf der Gegenseite Verbindlichkeiten darstellen und deshalb auch nur so sicher sind, wie der Schuldner auf der Gegenseite. Fällt der Schuldner aus, müssen die Forderungen gegen ihn ausgebucht werden. Diese Forderungsausfälle sind für Unternehmer ein bekanntes Problem. Durch die globale Vernetzung der Finanzindustrie (dazu [„Der Welt-Geldbetrug“, Aton-Verlag, 29,90€](#)) wird nicht nur Inflation über den Globus verteilt, sondern eben auch Risiken wie diese Forderungsausfälle.

In der aktuellen Krise erleben wir solche Abschreibungen auf Forderungen in der Finanzindustrie in einem bislang ungewohnten Ausmaß. In der Wirkung bedeutet dies, daß ein Teil der Geldmenge abgeschrieben werden und deshalb verschwinden muß. Weil Geld damit vorübergehend knapper wird, hat dies deflatorische Wirkungen. Weil unser Staat aber den Umsatz unserer Wirtschaft abschöpft (ca. 53%), gehen bei Deflation seine Einnahmen zurück. Weil dies und eine absackende Wirtschaft der ewig klamme Staat fürchtet, versucht er mit Geldmengenexpansion gegen zu steuern. Allerdings ist nur das „Vertrauen“ in die Währung – genauer in die „maßvolle“ Vermehrung durch die privaten und staatlichen Notenbanken -

letztendliche Wertgrundlage unserer heutigen „fiat-Geldsysteme“ (fiat=Hoffnung). Wird aber dieses Vertrauen erschüttert, indem die Geldmenge zu stark vermehrt wird oder große Wertkorrekturen und Bankenzusammenbrüche geschehen, kann die Akzeptanz des Geldes schwinden und sich schlußendlich in Hyperinflation ausdrücken.

2. Was passiert derzeit in der Krise?

Die Einführung der Basel 2 Regeln wirkte sich als Kreditrationierung besonders für den Mittelstand aus. Dieser mußte dann mangels Finanzierungsmöglichkeiten Sachwerte oder Firmenteile veräußern. Andererseits bekamen ausgewählte Anlageinstitute beinahe unlimitiert Fremdkapital zu Konditionen, welche nicht den Basel 2 Kriterien entsprachen. Diese waren damit in der Lage, Sachwerte aufzukaufen oder sich an mittelständischen Unternehmen zu beteiligen, welche sonst nicht verkäuflich gewesen wären.

Mit dem Zusammenbruch bzw. der Verstaatlichung der Banken, welche die ausgewählten Anlageinstitute finanzierten, drohte für die Anlageinstitute, daß diese die mühsam zusammen gesammelten Sachwertanlagen rückabwickeln oder zwangsverkaufen mußten, wie es das Konkursrecht vorsieht. Da die Sachwerte aber erst nach der Dollarabwertung, Inflation und Krise zu deutlich höheren Kursen verkauft und nur die Schulden durch Inflation abgewertet werden sollten, mußte dieser Zwangsverkauf bei Insolvenz der Banken verhindert werden. Die von der Regierung eingesetzten Staats- bzw. Steuermittel erfüllen genau diesen Zweck. Mit Hilfe der Staatsgarantien und Direkthilfen können die Banken intern ihre Finanzierungen an ausgewählte Anlageinstitute abschreiben und müssen damit nicht wegen bilanzieller Überschuldung der Schuldner die Gelder zurückfordern. Auf diese Weise können die Banken auf Steuerbürgerkosten die Abwertung ihrer Finanzierungen abwarten und damit die eigentlich schief gegangenen Spekulationen der ausgewählten Anlageinstitute doch noch retten.

Im Ergebnis erleben wir eine beispiellose Subventionierung der Finanzindustrie. In Kombination mit der vorprogrammierten Inflation durch extreme Geldmengenausweitung erfahren wir eine der gigantischsten Vermögensumverteilungen vom geldvermögenden Mittelstand hin zur begünstigten Finanzindustrie. Verschärft wird dieser Umverteilungsprozeß noch dadurch, daß nicht nur die Geldvermögen durch Inflation entwertet werden, sondern der Mittelstand zur Finanzierung dieser „Finanzindustrierettungspakete“ durch weitere Zwangsabgabenerhöhungen zusätzlich ausgeplündert werden soll.

3. Was könnte nun folgen?

Im wirtschaftlichen Bereich dürften wir mit weiteren Konzentrationen rechnen, weil die Anbieter nur mit Marktmacht auf schrumpfenden Märkten höhere Preise durchsetzen können. Diese benötigen sie dringend, weil ihre Kosten nicht nur durch Inflation, sondern vor allem durch den Staat mit Zwangsabgabenerhöhungen in die Höhe getrieben werden.

Schrumpfende Märkte einerseits und vor allem vom Staat erzeugte Kostenerhöhungen andererseits treiben besonders den Mittelstand in den Konkurs. Wir müssen auch deshalb mit einer deutlichen Zunahme von Konkursen und weiter schrumpfenden Märkten rechnen. Nur konsequente Zwangsabgabensenkungen könnten diesen Prozeß abmildern oder sogar aufhalten. Die Parteispitzen von CDU und SPD haben sich allerdings für das Gegenteil –

nämlich Zwangsabgabenerhöhungen zu 1.1.2009 – entschieden. Diese Zwangsabgabenerhöhungen für den Mittelstand werden nicht ansatzweise durch die Subventionierung der Großindustrie und Finanzindustrie per Konjunkturpaket ausgeglichen. Wir fordern auch deshalb, die im Unternehmen verbleibenden Gewinne überhaupt nicht zu besteuern, sondern nur diejenigen, welche das Unternehmen als Dividenden verlassen. Also: Steuerfreiheit einbehaltener Gewinne!

4. Was könnte man tun?

Demokratie und Freiheit kann nur mit einem starken Mittelstand erhalten werden. Deshalb muß dessen Zwangsabgabenkorsett gelockert werden. Wir fordern deshalb die Rückkehr zu der von Ludwig Erhard eingeführten „Steuerfreiheit einbehaltener Gewinne“, mit der er das Wirtschaftswunder entfachte. Dieses ist heute um so dringender notwendig, weil:

* Das deutsche Zwangsabgabensystem wirkt nicht nur demotivierend gegen Leistung, sondern verhindert die Bildung von Eigenkapital. Dieses ist aber wichtig, um kreditwürdig zu sein und vorübergehende Durststrecken auszuhalten. Stille Reserven würden erst dann gehoben werden, wenn dies steuerneutral geschehen könnte, weil die Unternehmen einen Liquiditätsabfluß meist nicht aushalten würden.

* Banken müssen Kredite häufig nur deshalb abschreiben oder vergeben keine Kredite, weil das ausgewiesene Eigenkapital des Kreditnehmers zu gering ist, obwohl die Parteien wissen, daß ausreichendes Vermögen (stille Reserven) vorhanden sind. Nur wenn die Unternehmen diese Reserven aufdecken, ist ihre Bonität wiederhergestellt und müssten die Banken nicht abschreiben.

* Firmen, welche ein zu geringes Eigenkapital ausweisen sind leichte Übernahmebeute. Wollen wir aber interessante Unternehmen in Deutschland behalten, ist eine reale Bewertung in den Bilanzen wirksamstes und allseits akzeptiertes Mittel.

Privat-Betriebswirtschaftlich müssen wir vor allem unser Vermögen schützen, weil dieses gerade vor den größten Gefahren seit der letzten großen Depression der 30er Jahre steht. Dazu sind besonders gute Informationen wichtig, wie z.B. die von [„Wirtschaft aktuell“](#). Die Krise kann derjenige besser durchstehen, welcher die zukünftigen Ereignisse richtig einschätzen kann, weil er bessere Informationen erhalten hat.

© Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.